

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Wirrwar im Rechtsblock.

### Deutschnationale wollen Preußen stürmen - wegen der Zollvorlage.

Die Ablehnung der Zucker- und Kartoffelzollerhöhung im gestrigen Reichsrat hat im Lager der Deutschnationalen große Beunruhigung hervorgerufen. Die Reichsregierung kann jetzt nicht mehr nach ihrer ursprünglichen Absicht ihre Zollerhöhungsvorschläge als allein gültige Regierungsmeinung dem Reichstag unterbreiten, sondern sie muß ihm eine sogenannte Doppelvorlage übergeben, die neben den Beschlüssen des Rechtsblockkabinetts die ablehnenden Urteile des Reichsrats enthält. Einen guten Eindruck machen solche Doppelvorlagen niemals, denn es ist selbstverständlich, daß die Opposition sich die Beweisgründe des Reichsrates bei ihrem Kampf aneignet und mit verstärktem Nachdruck vorgehen kann, zumal ja eine ganze Reihe von Freistaaten den Standpunkt der preußischen Regierung teilt. Haben doch außer ihr die Landesregierungen von Hessen, Hamburg, Mecklenburg-Schwerin, Anhalt, Lübeck, Lippe, Waldeck, Schaumburg, Sachsen und Baden gegen die Kartoffelzollerhöhung gestimmt. Durch diese Feststellung erleidet sich das hysterische Geschrei der Rechtspresse, als ob Preußen allein und aus lauter Bosheit gegen die Reichsregierung den Zollerhöhungen seine Zustimmung versagt habe. Es ist unbefreitbare Tatsache, daß alle dichtbevölkerten industriellen Landestellen zusammen mit einem Teil der agrarischen Provinzen und Länder das Vorgehen Schiefes für bedenklich halten und daher ablehnen müssen. Das beweist aber, daß die sachlichen Gründe für die Ablehnung der Schiefeschen Zollreform im Reichsrat entscheidend gewesen sind.

Praktisch wird nun die Behandlung der Zollfrage so verlaufen, daß beide Vorschläge, der der Regierung und der des Reichsrats, im Reichstag zur Entscheidung kommen. Die Rechtspresse rechnet damit, daß die Regierungsvorlage mit einfacher Mehrheit angenommen wird. Ob das ganz sicher ist, muß dahingestellt bleiben, nachdem die zaudernde Haltung der Zentrumsvertreter im Handelspolitischen Ausschuss zur Frage der Weizsäckergezeigt hat, daß die Arbeitervertreter im Zentrum durchaus keine zuverlässigen Parteigänger der deutschnationalen Verbundfunktionäre sind. Wird aber die Regierungsvorlage angenommen, so ist mit dem Einspruch des Reichsrats zu rechnen. Dieser hat verfassungsmäßig zur Folge, daß das Gesetz nur dann in Kraft tritt, wenn der Reichstag eine Zweidrittelmehrheit für den Zollwucher ausbringt. Diese ist ausgeschlossen. Es besteht also die Möglichkeit, daß die Zollvorlage gänzlich zu Fall kommt. Damit rechnen Blätter wie der Hugenbergsche „Tag“, die „Tägliche Rundschau“ und das Hauptorgan der Berliner Agrarier, die „Deutsche Tageszeitung“.

Man versteht, daß es bei den Deutschnationalen einige Aufregung gibt. Die Zollerhöhungen waren als das Honorar für die fortgesetzten Umsätze der Deutschnationalen gedacht. Um dieses Honorar fühlt sich die Reaktion geprellt. Daher bietet sie alle Kraft auf, um das Stimmenverhältnis im Reichsrat umzubiegen. Sie verlangt, daß das Zentrum nicht nur im Reiche für die Zollerhöhungen ein-

tritt, sondern daß es auch seine Landtagsfraktion zwingt, gegen Preußen zu stimmen. Die Deutschnationalen wollen die preußische Regierungskoalition sprengen, weil sie sonst nicht nur den Zerfall des Rechtsblocks im Reiche, sondern den der eigenen Partei fürchten, wenn sie vor ihre Großagrarien mit halbleeren Händen hintreten müssen. Daher will man den preußischen Landwirtschaftsminister zum Rücktritt zwingen, und versucht es mindestens mit Drohungen, wo man keine Macht hat.

Das Zentrum aber würde nach der durchaus logischen und sachlichen Behandlung der Zollfrage in Preußen sich vor seinen eigenen Wählern in den schwersten Mißkredit bringen, wenn es sich zum Unteroffizier des Reichslandbundes degradierte. Festzustellen ist jedenfalls gegenüber der „Deutschen Tageszeitung“, daß es in Preußen bei dem Beschluß über die Regierungsvorschläge keinerlei Verstimmung gegeben hat.

Rechtsblock und Deutschnationale sind in schwerer Verlegenheit. Das ist eine Folge der Tatsache, daß die Arbeiterschaft in den Landesregierungen noch Einfluß hat, um die Interessen der bedrohten Verbrauchermassen wahrnehmen zu können. Ein Blatt, das sich fälschlich Arbeiterblatt nennt, empfindet das als unangenehm. Es ist die „Rote Fahne“, die dem Bürgerblock Hifftstellung leistet, indem sie von den politischen Wirkungen des Reichsratsbeschlusses kein Wort berichtet und die Sozialdemokratie angreift.

### Die Haltung des Reichskabinetts.

Das Reichskabinetts hat in seiner heutigen Sitzung zu der Ablehnung der Zucker- und des Kartoffelzolls durch den Reichsrat Stellung genommen. Der Beschluß ging dahin, dem Reichstag eine Doppelvorlage zu unterbreiten, die neben den Anträgen der Regierung diejenigen des Reichsrats enthält. Die Meldung, daß der Reichsernährungsminister Schiele seinen Rücktritt angedroht habe, trifft nach unseren Informationen nicht zu und ist mindestens dadurch überholt, daß das Reichskabinetts seine eigene Vorlage nicht preisgegeben hat. Der Reichsaußenminister Stresemann, der erst gestern von Oslo abgereist und in Berlin noch nicht eingetroffen ist, hat an dem Kabinettsrat nicht teilgenommen.

### Zentrum und Kartoffelzölle.

Die Entscheidung über das Schicksal der Vorlage liegt zunächst beim Reichstag und dann beim Reichsrat, wenn der Reichstag die Regierungsvorlage annehmen sollte. Wie wir hören, sind aber auch in der Reichstagsfraktion des Zentrums starke Widerstände gegen die Erhöhung der Kartoffelzölle vorhanden. Unter diesen Umständen ist nicht nur nicht daran zu denken, daß das Zentrum auf seine Landtagsfraktion einen Druck im Sinne des Bürgerblocks ausüben wird; es ist sogar noch sehr fraglich, ob die Reichstagsmehrheit für die Kartoffelzollerhöhung im Reichstag vorhanden ist. Angesichts dieser Komplikationen kommt der Tagung des Reichsparteiausschusses des Zentrums, die morgen stattfindet, eine besondere Bedeutung zu.

aber immer noch, gegen die harmlose Phraseologie vorgehen zu müssen, die man bei der kommunistischen Partei finde. Irgendwelche Gefahr drohe von dieser Seite nicht mehr. Heute komme es für die Arbeiterschaft nur darauf an, die Einigkeit bei sich wieder herzustellen, und diese Bestrebungen seien auch aus staatspolitischen Gründen zu begrüßen.

### Abg. Landsberg (Soz.):

meint, wenn wirklich politische Kinder in Preußen so schlecht behandelt werden, wie Abg. Hölein behauptet, dann hätte er doch zuerst darüber Klage führen müssen. Das scheint aber nicht der Fall zu sein. (Heiterkeit.) Die Sozialdemokratie habe niemals ein Fehl daraus gemacht, daß die bisher erlassenen Amnestien ungenügend waren. Das ergibt sich ja auch schon daraus, daß der Kapitän Ehrhardt unter diese Amnestie fiel. Wir sind der Ansicht, daß es unsere politischen Zustände gestatten, einen Strich zu machen unter die Zustände von 4-5 Jahren, von denen es uns vorkommt, als ob sie schon um Jahrzehnte zurücklägen. Die damaligen Straftaten erklärten sich durch die Massenpsychose der Inflationszeit.

Wenn wir bei der Strafrechtsreform den Richtern vorschreiben, daß sie auf die Umstände, unter denen die Tat erfolgt ist, weitgehend Rücksicht nehmen sollen, so müssen wir doch hier mit gutem Beispiel vorangehen. Man kann zu der Frage der Amnestie stehen, wie man will, so rechtfertigt doch schon die Tatsache, daß wir uns immer wieder mit diesen Dingen befassen müssen, daß eine periodische Wiederkehr der Amnestie unumgänglich ist. Wir werden darum für den Amnestieantrag der Kommunisten stimmen.

In der Abstimmung wird der Antrag des Ausschusses mit 164 gegen 95 Stimmen angenommen, die Anträge der Kommunisten werden abgelehnt.

### Internationale Notenbankkonferenz.

#### Drei europäische Notenbankdirektoren in New York.

New York, 2. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Notenbankpräsidenten von Deutschland, England, Frankreich und den Vereinigten Staaten schacht, Norman, Rist und Strong halten hier im Gebäude der Bundesbank Besprechungen ab. Ueber den Gegenstand ihrer Beratungen verweigern die Teilnehmer jede Angabe.

## Das neue Recht.

### Tag der Arbeitsgerichte. - Beginn einer neuen Rechtsperiode.

Von Dr. Georg Flatow.

„Das Reich schafft ein einheitliches Arbeitsrecht“, so lautet Artikel 157 Absatz 2 der Weimarer Verfassung. Die Arbeitsgerichte, die jetzt ihre Tätigkeit aufnehmen, bedeuten einen wichtigen Schritt auf dem Wege zur Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechts. Eine jahrzehntelange, immer unerträglicher gewordene Zersplitterung auf dem Gebiete des Arbeitsprozesses findet nunmehr ihr Ende; an die Stelle der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, der Amtsgerichte und Landgerichte in Arbeitsstreitigkeiten, der Innungsschiedsgerichte und arbeitsgerichtlichen Kammern der Schlichtungsausschüsse treten von jetzt ab in klarem dreifachen Instanzenaufbau die Arbeitsgerichtsbehörden, Arbeitsgerichte, Landesarbeitsgerichte, Reichsarbeitsgericht.

In sachlich und personell weit umfassender Zuständigkeit wird es ihre Aufgabe sein, das einheitliche Arbeitsrecht, das 1919 der damaligen Reichsregierung als rasch zu bewerkstelligende Zusammenfassung vorschwebte und bis heute noch nicht Wirklichkeit geworden ist, so weit vorzubereiten und zu fördern, wie die Rechtsprechung solches vermag. Die Anwaltsangelegenheit wird künftig vor dem gleichen Gericht wie die kaufmännische Angestellte, der Landarbeiter, der Gemeindearbeiter vor der gleichen Kammer seines Arbeitsgerichts wie der Arbeiter im gewerblichen Privatbetriebe sein Recht nehmen, und diese Gleichheit des Rechts, dem künftig jedweder Arbeitnehmer in Stadt und Land, im Haushalt wie im Großbetriebe, untersteht, der hochbezahlte Angestellte wie der jüngste Lehrling, wird auch auf die Fortbildung des materiellen Rechts Einfluß üben und künstliche Schranken, die nicht auf wirklicher Verschiedenheit der beruflichen Arbeit, sondern auf zufälligen, nur geschichtlich gewordenen Verschiedenheiten des Gesetzes beruhen, beseitigen helfen.

Die Möglichkeit, grundsätzliche Fragen auch bei geringstem Objekt vor das Landesarbeitsgericht oder das Reichsarbeitsgericht zu bringen, wird ebenfalls der Rechtseinheit dienen und dem lange vernachlässigten Arbeitsrecht die gleiche Möglichkeit der Rechtsicherheit eröffnen, der alle Streitigkeiten des Güterverkehrs seit Jahrzehnten durch den Weg zum Reichsgericht teilhaftig sind.

Wohl kein Gebiet des Rechtslebens spiegelt so sehr den Klassenkampf wider, wie das Arbeitsrecht. Das hat seine Ursache darin, daß immer wieder der Arbeitnehmer in derselben Rolle als Kläger, immer wieder der Arbeitgeber in der gleichen Rolle als Beklagter auftritt. Während im gesamten Bereiche des Vermögensverkehrs, des Eherechts usw. jeder Kläger bei anderer Gelegenheit Beklagter, jeder Beklagte bei anderer Gelegenheit Kläger ist, ist hier nahezu ausnahmslos der Arbeitnehmer Angreifer, weil er um seinen Arbeitsplatz, um seinen Lohn prozessiert, den der Arbeitgeber ihm zunächst vorenthält; nur ausnahmsweise hat die neuere Gesetzgebung das Verhältnis umgedreht, wenn etwa zur Entlassung des schwerbeschädigten oder des Betriebsratsmitgliedes die vorherige Zustimmung eines Dritten benötigt wird.

Infolge dieser sozialen Eigenart des Arbeitsprozesses stehen auch die Beisitzer hier - anders als etwa die Schöffen, ähnlich jedoch den Richtern im Mietgericht - als Vertreter von Klassen einander gegenüber, sehen die Dinge bei allem Beruf und Willen zur richterlichen Unparteilichkeit leicht entgegengesetzt, namentlich dort, wo die ungeschriebenen Gesetze der sozialen Moral und der sozialen Funktionen den Ausschlag geben, etwa im Bereiche des Arbeitskampfes, der sittenwidrigen Handlung, der Grundprinzipien des kollektiven Arbeitsrechts. Damit wächst um so mehr die Verantwortlichkeit des richterlichen Vorgehens, weil es auf ihn entscheidend ankommt. Deshalb sei in diesem Augenblick an die deutschen Richter, die praktisch weit überwiegend künftig den Vorschlag im Arbeitsgericht führen werden, die dringende Mahnung gerichtet, mit höchstem Ernst an ihr schweres Amt heranzutreten. Nirgends - auch nicht auf dem Gebiete des Strafrechts - wird der Richter so scharf beobachtet werden wie im künftigen Arbeitsgericht; kein Gericht wird sozialer Aufmerksamkeit in der Presse und in den Versammlungen finden wie die Arbeitsgerichte, auf die nicht nur die jeweilig Beteiligten, sondern oft genug ganz Deutschland blicken wird, soweit es am Arbeitsrecht interessiert und beteiligt ist. Jedes Urteil wird in der Fachpresse der großen Organisationen seinen Widerhall finden.

Die Arbeiterklasse weiß sehr wohl, daß der Richter an das Gesetz gebunden ist, aber sie weiß auch, daß jede gesetzliche Regelung hinter der Vielgestaltigkeit des Lebens zurückbleibt und der Ausfüllung durch den Richter im Einzelfalle bedarf, und diese Ausfüllung muß im Geiste des Gesetzes erfolgen, unter sorgfältigster Abwägung der beiderseitigen Interessen. Dazu aber muß der Richter, der heute nach seiner Herkunft und seinem gesellschaftlichen Umgang in der Regel der Gedankenwelt der Arbeitgeberkreise näher steht als der der Arbeitnehmerkreise, sich in die Ideenwelt der Arbeiterklasse versetzen, er muß sich darüber klar sein, warum die Arbeiterklasse mit aller Macht den Organisationsgedanken betont und hochhält, er muß wissen, daß in enger Verbindung mit der politischen Gestaltung die gewerkschaftliche Organisation die Grundlage des gesamten wirtschaftlichen und damit auch kulturellen Daseins der deutschen Arbeiterschaft ist, daß der deutsche Arbeiter in seiner Kaufkraft, in seiner Freizeit, in seinen Ferien, seinem Gesundheits-

## Amnestie abgelehnt.

### Gegen Sozialdemokratie und Kommunisten.

Auf der Tagesordnung der heutigen Reichstagsitzung, die bereits um 12 Uhr begann, steht zuerst der von den Demokraten eingebrachte Entwurf eines Gesetzes zur Ablösung der Staatsrenten der früheren Landes- und Ständeherrn und sonstiger wiederkehrender Leistungen auf der Tagesordnung. Die Vorlage wird ohne Aussprache dem Rechtsausschuss überwiesen.

Zu dem von den Kommunisten eingebrachten Entwurf über die Gewährung von Straffreiheiten beantragt der Rechtsausschuss, den Antrag abzulehnen, dagegen eine Entschließung anzunehmen, die die Regierung ersucht, eine wohlwollende Prüfung darüber anzustellen, ob im Gnadenwege in noch weiterem Umfang als bisher die Zuchthausstrafen gemildert werden können, die vor Abänderung des Republikstrafgesetzbuches verhängt worden sind. Außerdem soll die Regierung nach wie vor auf Einzelbegnadigungen solcher politischen Gefangenen hinwirken, die infolge Unerschaffenheit oder Verführung zu ihrem verbrecherischen Tun gekommen sind.

Abg. Hölein (Komm.) bezeichnet die Ergebnisse der Ausschussberatungen als ungenügend und begründet einige neue Anträge, die die Milderung der Strafe politischer Gefangener herbeiführen sollen. Das Reichsgericht fällt heute noch Urteile, die auf die Gesetzgebung vom Jahre 1851 zurückgehen. Und diese Rechtsprechung richtet sich nur gegen Kommunisten, während die Rechtsputschisten straffrei bleiben. In Preußen verfolge man sogar politische Kinder.

Abg. Dr. Feil (Nat.-Soz.) beantragt aus Anlaß des bevorstehenden 80. Geburtstages des Reichspräsidenten eine umfassende Amnestie, insbesondere für politische Straftaten vorzubereiten.

Abg. Dr. Rosenberg (früher Komm., jetzt bei seiner Fraktion) weist darauf hin, daß es sich bei den Verfolgungen wegen politischer Vergehen immer wieder um eine ganz bestimmte Gruppe von Prozessen handele, bei denen auf Grund veralteter Gesetze harte Strafen verhängt wurden. Auf Grund genauer Kenntnis der kommunistischen Bewegung könne der Redner sagen, es gebe keinen verantwortlichen Kommunisten, der noch an einen gewalttätigen Umsturz denke. Es handele sich hier nur noch um Ueberreste einer Romantik, die sich immer schneller verflüchtige. Die Herren von der Justiz glauben



schuh, kurz in seinem und seiner Familie ganzen Ich von dem Wirkungsgrade der Gewerkschaft abhängig, von ihrer Macht, von ihrem Druck, nicht von dem guten Willen der Gegenseite; eine Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung ist für den Vorstehenden des Arbeitsgerichts ebenso wichtig wie ein juristisches Lehrbuch, damit er daraus lernt, warum die „wirtschaftsrechtlichen“ Verbände keine Tarifparteien sind, warum der Arbeiter in dem Unorganisierten den Nutzen fremder Ideale und materieller Opfer erblickt, der erntet, ohne gesät zu haben, warum der Arbeitskampf manchmal schroffe Formen annimmt, die vielleicht nicht entschuldbar, aber verständlich sind, unter jenem höheren Gesichtspunkt des Strebens der Arbeiterklasse zum Licht, zur Teilnahme an der nationalen Kultur.

Diese Gesinnung, die der Weimarer Verfassung zugrunde liegt und das Staatsgrundgesetz der Republik von der liberalen Ideenwelt vergangener Jahrzehnte unterscheidet, soll die Richter der deutschen Arbeitsgerichte leiten. Damit ist nichts von ihnen verlangt, was außerhalb der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung liegt, sondern nur das Bekenntnis auch zu dem sozialen Gehalt der Weimarer Verfassung.

Das Gewerbevertragsgesetz von 1890 und das Kaufmannsgerichtsgesetz von 1904 kannten noch keine wirtschaftlichen Vereinigungen als Teilhaber an der gerichtlichen Organisation, keine Verbände oder Tarifstreitigkeiten als Zuständigkeitsbereich der Sondergerichte, keinen Tarifvertrag als Träger von Sonderbestimmungen für den Prozeß, sie kannten nur Vertragsstreitigkeiten zwischen dem Arbeitgeber und seinem Arbeitnehmer. Im Arbeitsgerichtsgesetz von 1926 nehmen die wirtschaftlichen Vereinigungen und die ihnen gemäß Vertragsform, der Tarifvertrag, einen breiten Raum ein. Der einzelne Arbeitgeber und der einzelne Arbeitnehmer in ihrer Vertragsbeziehung treten dahinter an Bedeutung zurück. In diesem Gegensatz spiegelt sich der Fortschritt der Arbeiterbewegung in 37 Jahren. Aus ihm schöpfen wir die Hoffnung auf weiteren Aufstieg im Zeichen des praktischen Sozialismus.

### Das Spitzelkränzchen.

Ein lehrreicher Terminkalender.

Zu der am 5. Juli beginnenden Beratungsverhandlung des Plauener Stresemann-Prozesses veröffentlicht das „Berliner Tageblatt“ einen sehr instruktiven Terminkalender aus der ersten Hälfte des Jahres 1925. Er gewährt einen hübschen Ueberblick über den Personenkreis, der seinerzeit um die Ausschlichtung des aus dem Reichsgericht geflohenen Altmaterialien bemüht gewesen ist. Bekanntlich hat die Geschäftsstelle der Deutschnationalen Volkspartei durch ihren Geschäftsführer Dr. Weiß und den Oberregierungsrat Göbel diese Akten zu erwerben gesucht und 5000 Mark darauf angezahlt. Aber wie Kaszger batte sich trügend um den Raub ein Schwarm von journalistischen Freibeutern, jeder emsig bemüht, sich allein das lukrative Geschäft der finanziellen und literarischen Ausschlichtung zu sichern. Alles natürlich nur aus dem idealen Drange heraus, Deutschland von der Korruption zu reinigen! Bis, wie ein Adler aus dem Gewölk, der Staatsanwaltschaftsreferent Kuhnmann zwischen die kämpfenden Gelercharen fuhr und mit einer staatsanwaltschaftlichen Beschlagnahmepflichtung — nicht etwa der bestohlenen Behörde, sondern dem ihm nahestehenden Spitzelkonzern den fetten Beissen sicherstellte. — Wir geben den Terminkalender wieder, dessen einzelne Daten übrigens genau die zuerst vom „Vorwärts“ im August 1925 gegebene Sachdarstellung bestätigen:

- 10. Januar: Konferenz mit Oberregierungsrat Göbel im Zentralbureau der Deutschnationalen Volkspartei.
- 17. Januar: Konferenz zwischen Göbel und Kranz im Zentralbureau der Deutschnationalen Volkspartei.
- Nachmittags 3 Uhr Konferenz mit Kuhnmann.
- 19. Januar: Zusammenritt des „Arbeitsausschusses“ in einem Weinrestaurant in der Königgräber Straße.
- Teilnehmer: der frühere deutschnationale Abgeordnete Bacmeister,

Kapitänleutnant Kautler (Vertrauensmann Ehrhardts und zeitweise Privatsekretär Bacmeisters), Knoll (genannt Dr. Kluge), Breithaupt, Kranz. Kautler bekam zunächst einmal von Bacmeister zweitausend Mark ausbezahlt, die er alsbald für sich verwendet hat.

- 21. Januar: Konferenz zwischen Bacmeister, Kautler und Kranz in der Altkörstube Bordinet.
- 26. Januar: Konferenz mit Major Stein, Wilhelmstraße 6.
- 30. Januar: Konferenz mit Dr. Weiß im Zentralbureau der Deutschnationalen Volkspartei.
- 2. Februar: Konferenz Kautler—Kranz.
- 5. Februar: Konferenz Breithaupt, Ganzer, Forstner.
- 13. Februar: Konferenz zwischen Kuhnmann und Kranz.
- 6. März: Besprechung der Herren v. Redem, Knoll und Kranz.
- 11. März: Besprechung zwischen Breithaupt, Kranz, Kuhnmann und Kautler.
- 20. März: Konferenz Kranz, Flator, Wühlberg, Breithaupt.
- 24. März: Konferenz Kranz, Klatow, Major Richert und Wühlberg.
- 3. April: Konferenz Oberfinanzrat Bang, Biehoff (Herausgeber der „Deutschen Wirtschaftskorrespondenz“), Breithaupt und Kranz.
- 5. April: Besprechung des deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Leopold mit Herrn v. Redem (am 6. April erfolgte dann nachmittags 1 Uhr 55 Minuten die Beschlagnahme der Akten durch den an den obigen Konferenzen auch beteiligten Staatsanwaltschaftsreferent Dr. Kuhnmann, der so den Staatsapparat in den Dienst der deutschnationalen Intrigen stellte).
- 15. April: Konferenz des deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Leopold mit Kranz.
- 17. April: Konferenz der Herren v. Redem und Knoll mit Schmidt (aus Hamburg).
- 21. April: Konferenz Knoll, Kranz, Breithaupt.
- 27. April: Konferenz zwischen Biehoff, Kranz und Breithaupt (der jetzt mehr in den Vordergrund tritt, weil er am 1. Mai 1925 ein besonderes Bureau zur Verarbeitung des Materials begründet, und zwar unter der Firma „Deutscher Nachrichtenendienst“, Breithaupt u. Co., B. 35, Genthiner Str. 20“).
- 7. Mai: Konferenz Knoll, Kranz, Wühlberg, Breithaupt.
- 18. Mai: Konferenz Knolle, Wühlberg, Breithaupt.
- 25. Mai: Konferenz Herzberg, Breithaupt.
- 13. Juni: Konferenz mit dem deutschnationalen Geheimen Kommerzienrat Pochwadt.
- 26. Juni: Konferenz Wühlberg, Pochwadt, dem deutschnationalen Abgeordneten Kengel und Breithaupt.
- 27. Juni: Konferenz der Herren v. Redem und Breithaupt in der Redaktion der „Berliner Börsen-Zeitung“.
- 27. Juni: Konferenz zwischen Wühlberg und Breithaupt.
- 28. Juni: Konferenz Kranz und Dr. Friedegg.

In trautem Verein sehen wir hier zusammenwirken: deutschnationale Politiker, Industrielle, Abgeordnete, literarische Freibeuter, notorische Spitzel und — preußische Staatsanwälte. Ein überwältigendes Bild!

Interessant ist, daß außer den bekannten Namen Kuhnmann, Dr. Weiß, Leopold, M. d. R., usw. hier auch der Landtagsabgeordnete Kengel und kein finanzieller Hintermann, Kommerzienrat Pochwadt, als Beteiligte auftauchen. Herr Kengel, der selbstlose Geldgeber des Zuchthäusers und Fälschers Zeuner, hatte doch umlangst im Landtag so lebhaft dagegen gestritten, als Genosse Kautler ihn als einen der Väter des deutschnationalen Spionagesystems bezeichnete! Gerade Kengel wird sich bemüht sein, daß die hier verzeichneten Konferenzen nur einen Ausschnitt aus seiner vielseitigen Tätigkeit bilden. Wir möchten Herrn Kengel an seine Konferenzen mit Michael Holzmann erinnern, die er als Tatsache zwar zugibt, aber aus deren Inhalt er bis heute das Wichtigste verschweigt!

Im Zusammenhang mit dem Plauener Prozeß erwähnt die „Nationalliberale Korrespondenz“, daß die deutschnationalen Entwürfe auch in Zusammenarbeit mit bekannten Deserturen — die in noch schlimmerem Verdachte stehen — gearbeitet haben, so daß solche Deserture Mitarbeiter bekannter Berliner nationaler Zeitungen sind.

Wir können das bestätigen. Es trifft sicher zu auf den berüchtigten Wolfgang Breithaupt, der als deutscher Deserteur

während des Krieges in Holland Spionage aller Art getrieben hat und der auf dem oben abgedruckten Terminkalender recht häufig erwähnt wird.

Breithaupt hat im Juli 1925 vor einem Berliner Rechtsanwalt eine eidesstattliche Erklärung über seine Mitarbeit bei dem Korruptionsfeldzug abgegeben, deren Inhalt der Plauener Prozeß in allen wesentlichen Punkten als richtig bestätigt hat. Wertwürdigerweise hat Breithaupt aber selber einige Wochen später seine eigene eidesstattliche Versicherung als falsch widerrufen, — nachdem ihm, wie Herr Kuhnmann vor dem Untersuchungsamt bekannt gegeben wurde, von der Rechts als Lohn für den Widerruf eine Anstellung versprochen war! Tatsächlich ist Breithaupt dann Mitarbeiter der deutschnationalen „Berliner Börsen-Zeitung“ geworden, deren rein raffig deutschnationaler Chefredakteur Dr. Destréich offenbar Ersatz für seinen verunglückten Kronzeugen Tannenzapf suchte.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ ist also im Recht, aber sie scheint noch mehr zu wissen. Sie sollte ihre Kenntnisse der Welt nicht vorenthalten!

### Achtstundentag in der Schwerindustrie.

Einstimmiger Beschluß im Reichswirtschaftsrat.

Der Arbeitsausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrats, der sich mit dem § 7 der Arbeitszeitverordnung befaßt, hat einstimmig beschlossen, den Reichsarbeitsminister zu ersuchen, weitere Gruppen von Arbeitnehmern den Beschränkungen des § 7 der Arbeitszeitverordnung zu unterwerfen. Es handelt sich um Arbeitnehmer der Großeisenindustrie, und zwar um die Arbeitnehmer in Martin, Thomas- und Tiegelstahlwerken, die in den Puddelwerken beschäftigten Arbeitnehmer, die in Hammer- und Pechwerken mit Erhöhung, Transport, Schmieden usw. beschäftigten Arbeitnehmer, die in Walzwerken mit der Unterhaltung der Ofen usw. beschäftigten Arbeitnehmer, die Generatorenarbeiter dieser Betriebe und die Handwerker und Hilfsarbeiter, die mit Instandsetzungsarbeiten an Ofen usw. beschäftigt sind. Die Bestimmungen sollen am 1. Januar 1928 in Kraft treten. Wenn infolge besonderer Umstände das Inkrafttreten zu diesem Zeitpunkt in einzelnen Fällen ohne schwere Gefährdung des Betriebes nicht möglich ist, soll der Reichsarbeitsminister nach Anhörung der obersten Landesbehörden den Zeitpunkt befristet hinauschieben können.

Dieser Beschluß, der nun endlich in der Schwerindustrie das Dreischichtensystem wieder herstellen soll, ist umso erfreulicher, weil er einstimmig gefaßt wurde. Unberechtigt erscheint uns nur die lange Fristsetzung.

### Gescheiterte Wirtschaftsdiplomatie.

Private Wirtschaftler an die deutsch-polnische Front.

Die Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutschland und Polen kommen nicht zum Ziel. Die amtliche Wirtschaftsdiplomatie hat sich auf beiden Seiten festgebissen. Die Bürgerkriegspolitik ist nicht imstande, die Interessen der deutschen Landwirtschaft und der deutschen Industrie miteinander auszugleichen. Da die amtlichen Kreise versagen, sehen sich private Persönlichkeiten der Wirtschaft in Bewegung, um eine Einigung anzubahnen. Es wird eine Zusammenkunft vorbereitet zwischen führenden Mitgliedern des Reichsverbandes der deutschen Industrie (wie Kaste, Lammers, v. Raumer) und polnischen Wirtschaftlern wie Gliwiz, Bankdirektor in Warschau, polnischer Vertreter auf der Wirtschaftskonferenz, Geisensteiner, Industrieller aus Oberschlesien, Tschinski, Rittergutsbesitzer u. a.

Bei dem wirtschaftlich gespannten Verhältnis zwischen den beiden Nachbarstaaten ist jeder Versuch willkommen, zwischen den entgegenstehenden Anschauungen Brücken zu schlagen. Die Verständigung der Wirtschaft ist um so mehr zu wünschen, als die Besprechungen der Politiker, die in Aussicht genommen waren, bis zum Herbst verlagert sind. Der für den Juni ursprünglich geplante Besuch polnischer Parlamentarier in Berlin ist leider bis auf weiteres vertagt worden.

### Nestroy in der Volksbühne.

Ein Feyn von Shakespeare wurde Nestroy genannt, eine Anekdote der Gemeinheit wurde er auch einmal gescholten. Er hat all das überlebt, bis er 61 Jahre alt geworden war und ihn der Schlag rührte. Damals, im Frühling 1862, leuchtete die Sonne herrlich. Ganz Wien begleitete seinen Abgang zum Friedhof hinaus. Alles bußte und blühte, und wer ein molliges Weiblein hatte, führte es am Arme mit. Nachher bot sich dann die lindeste Gelegenheit, bei Mondschein die Lieder des Seligen zu singen, und während man sang, war man traurig und glücklich und redete vom Wein und auch vom Sterben.

„Zu ebener Erde“ und im ersten Stock“ heißt die Nestroy'sche Sommerposse der Volksbühne. Schwanz und trauriges Volksstück sind durcheinandergemischt. Für die braven Leute gibt es einen unerhofften Goldregen, den Prosser und Nichtswärner wird ein tüchtiger Denksteil erteilt. Ist das ein soziales Stück trotz aller Heiterkeit? Nun, die Frage ist überflüssig. Alles wird wunderbar einfach kontrastiert, Schmelgelee mit trockenem Brot, Reichtum mit müßiger Armut. Es geschieht alles wirklich so, wie es auf dem Extravortrag für die sommerliche Nestroybühne gezeigelt wird. Aus dem Füllhorn des Glücks fallen die Dukaten schüsselweis zur Erde und der gestülpte Liebesgott ist zu allerhand Helben- und Spitzelbenstreichen aufgelegt.

Der Prolog sagt sofort, wie es kommen wird. Dieser Prolog wird beinahe schon zu programmäßig vorgetragen. Um Gotteswillen, wenn die sommerlichen Nestroyspieler anfangen, ihr Stück ernst zu nehmen! Sie betreten sich noch rechtzeitig genug zur leichteren Theaterpielerei und schleifen die Ereignisse hübsch paradiesisch und nicht sehr einfallreich vorwärts. Sie schiden den Groteskomiker Sima und den ganz sparsam arbeitenden Charakteristiker Lopric und Herrn Almas, einen behäbigen Armeleutewater, und Herrn Bröckl als niederträchtigen Lokal- und bösen Verstandschuft auf die Bühne. Das Nestroy'sche Genie, die süß vermiencierte Schwanztragödie, wird von dem Bearbeiter und Regisseur Leo Neuf etwas steif geschulmeistert. Man entscheidet sich nicht für eine grobhartige, entwaffnende Hottuspustomik, sondern hält alles in vernünftigen, sogar in vernünftigen Grenzen. Vermittelt wird die Improvisation, die Beeres ausfüllt und Sahmge wordenes befüllt. Trohdem entsteht vielerlei Märchenstimmung, und Grete Bäck als Mutter vieler zappelnder Armeleutenkinder, und Fräulein Heißberg als säuselnder Backisch und Anni Reines als hübsches Kammermädchen und Beril Halo-panie als entzückendes Wiener Rühmchenmodell fügen sich glücklicherweise in diese Melancholie, Coupletweicheit und Donaumelchennamut.

### Handzeichnungen der Nationalgalerie.

In sämtlichen Räumen des Kronprinzen-Palais zeigt Justiz die deutschen Handzeichnungen des 18. bis 20. Jahrhunderts, die er erworben hat. Vielleicht wissen nicht alle, daß der Nationalgalerie eine Abteilung Handzeichnungen angegliedert ist; sie befindet sich hinter dem Steuerg-Kabinett des

Kronprinzen-Palais und steht jedermann offen, wird aber bedauerlicherweise vom großen Publikum ängstlich gemieden. So wirkt es immer als eine Offenbarung unbekannter Schätze, wenn dergleichen Wälder öffentlich ausgestellt werden; in diesem Fall mit ganz außerordentlichem Nachdruck, da diese Kostbarkeiten zwei Jahrhunderte umspannen und die Ueberlegenheit der Zeichnung über das Gemälde als künstlerisches Ausdrucksmittel bei den Deutschen offenbaren.

Ausdrücklich anzumerken: es ist nicht etwa eine Wahl aus der gesamten Handzeichnungsammlung, sondern nur aus Justiz's Erwerbungen seit 1911. Um jene einigermaßen bekanntzumachen, bedürfte es eines Moabiters Glaspalastes und mehr. Ferner sind dadurch bestimmte Akzente gesetzt. Was genügend vertreten war, brachte Justiz nicht erst zu kaufen; so erklärten sich die Läden bei Menzel (von dem schon 7000 Zeichnungen da waren), Leibl und andern Meistern des Realismus. Wogegen Klassizisten und Romantiker, Marées und Thoma wie Nag wiederum und die noch Moderneren völlig neu zu sammeln waren und daher in besonders glänzender Repräsentation erscheinen.

Höhepunkte, vielfach in ganzen Sälen für sich allein wirkend, bilden bei den Früheren im Erdgeschoh: Cornelius, Genelli und Schwind; man wird kaum Vollensteders von ihrer Hand finden können. Dann im ersten Obergeschoh die herrlichen Säle mit Marées, Thoma, Liebermann, Corinth. Es ist daran zu erinnern als an ein wahrhaft großes und durch hämische Angriffe gegen ihn persönlich unterstrichen Verdienst Justiz's, daß die kostbaren Handzeichnungen von Marées, Thoma, die ihrer gleichen nicht haben, für ein Nichts, d. h. gegen Hergabe weniger Stücke anderer Künstler aus überreichem Besitz der Nationalgalerie, erworben werden konnten.

Die größte Ueberraschung aber sind die Aquarelle und Zeichnungen der sogenannten Expressionisten im zweiten Obergeschoh, die nicht nur eine Ergänzung zu ihren nicht immer ganz glücklich ausgefallenen Gemälden bilden, sondern schlechthin wohl die beste Vertretung dieser farbenstarken Modernen, die es überhaupt gibt. Wer es noch nicht wußte, erlebt es hier mit der Wucht überzeugender Anschauungskraft, daß die Künstler ihr Lebendiges in Aquarell und Zeichnung gegeben haben; daß Kolbe, Kirchner, Rohls, Hefel, Pechstein, Marc, Klee, selbst Behm, Bruck, Otto, Dix und Kotschka in diesen Meisterblättern vollendet sind wie kaum in einem „großen“ Werk. Zum Bewundern gehören, neben den Postkarten Franz Marc's an Elfe Lasker-Schüler, die kleinen Aquarelle von August Macke, die er kurz vor dem Kriege und vor seinem Tode in Tunis gemalt hat; Schwannengesang eines durch den Irrsinn des „Heldenodes“ unsinnig Geopfertem.

Ein alter, aber lustiger Schwanz. Der Sommerdirektor des Theaters Die Komödie, Franz Arnold, hat sich von den Schwänken, die er zusammen mit Ernst Bach verfaßt hat, einen der einfallreichsten ausgelacht, den „Neuhen Lebemann“. Der Fabrikbesitzer Julius Seibold möchte gern seinen Kompanion Nag zum Schwiegerjohn haben. Um ihn seiner Tochter und seiner Frau interessanter zu machen, stempelt er Nag, der noch nie mit

einem weiblichen Wesen zusammengewesen ist, zu einem Lebemann und dichtet ihm ein Verhältnis mit der berühmten Filmdiva Mia Kai an, was seine Wirkung auch nicht verfehlt. Ueber Nacht ist Nag der populärste und begehrteste Mann der kleinen Stadt geworden. In dieser Stadt erscheint aber die Filmdiva persönlich, und zwar, was die Sache erheblich kompliziert, mit ihrem eifersüchtigen und temperamentvollen Verlobten. Es ergeben sich die lustigsten Situationen. Je größer die Verlegenheit wird, in die Julius und Nag geraten, desto mehr steigert sich die Heiterkeit bei den Zuschauern. Es ist ein Schwanz bewährten alten Stils. Die komischen Situationen überstürzen sich in so flotten Tempo, daß die Kette der Lachsalven im Publikum nicht abreißt. Das Hauptverdienst daran hat Otto Wallburg, der den unbehofensten Lebemann auf die Beine stellt, den man je auf der Bühne gesehen hat. Kein Schauspieler kann so hemmungslos vor Verlegenheit stammeln wie Wallburg. Er bringt das Kunststück fertig, echte Verzweiflung zu mimen und dabei erschütternd komisch zu wirken. Ein ebenbürtiger Gegenspieler ist Hans Junkermann, der die Worte seiner Rolle mit Veranügen daherknallt und, wenn er verlegen wird, ein Gesicht macht, als ob er etwas Schlechtes riecht. Maria Baudier gibt die Filmdiva mit lebenswürdiger Schalkhaftigkeit. Die übrigen Rollen sind nur dürftig besetzt. Eine unmögliche Bühnenfigur gibt Julia Janßen ab. Sie macht sich bis zur Unerträglichkeit niedlich.

### Der Wiedehopf.

Wiedehopf der Vogel heißt,  
Der das eigne Nest beschmuht,  
Und im Rindertot zumest  
Bohrend sich den Schnabel puht.

Stets nach Ferkel und Stunt  
Hegt ein widriges Gelüst er.  
Nirgends als im eigenen Dunt  
Fühlt sich wohl der Kuckuckstüfter.

Zwar: in einem Parlament  
Wärb' man solchen Wiedehopfen,  
Falls er gar zu renitent,  
Unsanft auf den Schnabel klopfen.

Doch was nützte diese Geste  
Dem erzieherischen Zweck?  
Wir scheinen als das Allerbeste:  
Laßt ihn nur in seinem Dreck!

Hoffnungslos ist dieser Fall, —  
Alle Mühe bleibt verloren:  
Niemand wird zur Nachtigall,  
Was als Wiedehopf geboren!

Rich. von Lindenheiden.



# Heute Neuwahlen in Finnland.

Unter der sozialdemokratischen Regierung Tanner.

Am 1. und 2. Juli finden in Finnland nach Ablauf der regelmäßigen dreijährigen Wahlperiode Neuwahlen zum Reichstag statt. Von ihrem Ergebnis wird es abhängen, ob das seit Dezember vorigen Jahres regierende sozialdemokratische Kabinett Tanner allein am Ruder verbleiben kann oder sich mit anderen Parteien zu einer Regierung zusammenschließen wird. An eine rein bürgerliche Regierung oder Koalition ist kaum zu denken. Seit Einführung des allgemeinen Wahlrechts 1906 ist die Sozialdemokratie immer die stärkste Partei des Landes gewesen; sie ist es auch jetzt noch, nachdem sich im Jahre 1922 eine kommunistisch gerichtete Fraktion unter dem Namen „Sozialistische Arbeiterpartei“ gebildet hat.

Die bürgerlichen Parteien Finnlands sind die folgenden: 1. die „Schwedische Volkspartei“, die Vertreterin der ehemals herrschenden Klasse, jetzt eine nationale Minderheit, die etwa ein Zwölftel der Gesamtbevölkerung beträgt, wesentlich national betont ist, jedoch kein bestimmtes soziales Programm hat; 2. der „Landbund“, eine Bauernpartei mit rein agrarischen Interessen, ohne Rückhalt in den Städten, nationalistischer Richtung und ohne jede verbindende Tendenz mit dem Ausland, sei es mit Schweden, mit Skandinavien, mit Deutschland oder mit Westeuropa; 3. die „Fortschrittspartei“ (Demokraten), vertritt die Intelligenz und die freien Berufe, besitzt das Sprachrohr der großen Presse, hat jedoch geringen Anhang; und 4. schließlich die „Sammlungspartei“, eine konservative Partei, aus den Kreisen der Intelligenz, des Handels und der Industrie bestehend, mit militaristischen und monarchistischen Tendenzen. Diese Sammlungspartei ist die Trägerin aller ausgesprochenen arbeitfeindlichen Tendenzen, die als Rückschlag gegen den von Kommunisten und Sozialdemokraten gemeinsam geführten sogenannten „roten Aufruhr“ vom Jahre 1918 jahrelang Geltung behalten durfte. Sie hatte mit dem Landbund zusammen unter dem Agrarier Kallio ein Minderheitskabinett gebildet, das schließlich durch gewisse Munitionslieferungsstandale kompromittiert, zu Fall kam und durch das rein sozialdemokratische Minderheitskabinett Tanner abgelöst wurde. Dieses ist das zweite sozialdemokratische Kabinett, das unter den fünfzehn seit der 1917 erreichten Selbstständigkeit Finnlands zustande kam.

Ursprünglich hatte die Sozialdemokratie die Absicht, die Regierung zu diesem Zeitpunkt noch nicht zu übernehmen, sondern die heutigen Neuwahlen abzuwarten. Der Rücktritt des Kabinetts Kallio zwang sie jedoch dazu, nachdem auch eine Verbindung mit bürgerlichen Parteien sich nicht hatte erreichen lassen.

Die Stärke der Parteien nach den Wahlen von 1924 war bisher die folgende:

Partei	Abgegebene Stimmen	Abgeordnete
Nationale Sammlungspartei	166 630	38
Fortschrittspartei	83 292	17
Landbund	174 275	44
Schwedische Volkspartei	105 223	23
Sozialdemokraten	254 672	60
Soz. Arbeiterpartei (Kommunisten)	91 664	18
<b>Summa:</b>	<b>875 696</b>	<b>200</b>

Die Wahlausichten für ein neues sozialdemokratisches Kabinett sind nicht ungünstig, auch wenn sich die Anzahl der sozialdemokratischen Mandate nicht wesentlich erhöhen sollte. Mit dem vorstehenden Programm kann die Sozialdemokratie im Gegensatz zu den meisten anderen Ländern auf die Unterstützung der Kommunisten und auch auf die der Schwedischen Volkspartei rechnen, deren kulturelle Selbstständigkeit unter dem Kabinett Kallio schwer bedrängt wurde.

Um ein neues Muttergottesbildnis einzumweihen, sind Pilsudski, der polnische Staatspräsident, die ganze Warschauer Regierung sowie Vertreter aller polnischen Staatsbehörden, ebenso die Spitzen der katholischen Kirche von ganz Polen, Erzbischöfe, Bischöfe, Kaplanen usw. in Wilna eingetroffen. Staat und Kirche Polens versuchen Hand in Hand die Einweihung des von Vitauen durch einen militärischen Handstreich losgerissenes Bismarckgebietes durch religiöse Mittel für Polen zu gewinnen!

Julus Elias, der bekannte Kunst- und Literaturhistoriker, ist heute früh an den Folgen einer Operation im 66. Lebensjahr gestorben. Elias gehörte vor einem Menschenalter zu den temperamentoollsten und kennnisreichsten Vorkämpfern des damals modernen Naturalismus. Er war in München in persönlichen Verkehr mit Wagners getreten, dessen Werke er zusammen mit Paul Schiller und Georg Brandes in deutscher Sprache veröffentlichte. Daneben bemühte er sich um die Anerkennung der impressionistischen Malerei, die er in Paris zu einer Zeit kennengelernt hatte, als man in Deutschland noch nicht viel von ihr wußte und nichts von ihr wissen wollte. Mit Max Liebermann und Otto Brahm verband ihn eine intime Freundschaft. Obwohl ursprünglich im Naturalismus wurzelnd, hat Elias auch für die allerjüngsten Strömungen, namentlich in der deutschen dramatischen Literatur, Herz und Verständnis gehabt.

Neue Forschungen über die Entstehung der Epidemien. Die näheren Ursachen der ansteckenden Seuchen, die von Zeit zu Zeit einen Kontinent oder die ganze Welt durchzucken, sind immer noch im Dunkel gehüllt, und doch ist eine durchgreifende Bekämpfung nur bei genauerer Kenntnis der Zusammenhänge möglich. Aus diesem Grunde haben jetzt eine Anzahl Kerze in den hygienischen Laboratorien der Universität Manchester umfassende Versuche angestellt, die dem Abbruch nahe sind. Jedes gesunde Individuum ist zu manchen Zeiten ein „Träger“ bestimmter Krankheiten. Die Bazillen, die für die Entstehung der Lungenentzündung, der Influenza und anderer Krankheiten entscheidend sind, befinden sich tatsächlich in jeder Mundhöhle, freilich in sehr verschiedenen Mengen. Aus der Zahl dieser Bakterien zu bestimmten Zeiten hofft man nun in Manchester Anhaltspunkte für die Entstehung der großen Influenzaepidemie von 1918 und ähnlicher Seuchen zu gewinnen. Dazu war es notwendig, daß die Mundhöhle einer größeren Anzahl von Personen allmonatlich über ein Jahr oder noch mehr hin bakteriologisch untersucht wurde. Dies ist geschehen, indem sich die Angestellten einer großen Firma freiwillig zur Verfügung stellten. Die einzelnen Befunde werden genau registriert und gesammelt, und schon jetzt läßt sich das gewonnene Material den Schluß zu, daß eine Krankheit, bevor sie den Charakter einer Epidemie annehmen kann, in ihren Bazillen unter den gefunden Menschen soweit verbreitet sein muß, daß tatsächlich jedes Mitglied der Bevölkerung Träger dieser Krankheitskeime ist.

Gestaltungsführungen der Woche. Mont. 10.15: Vater werden ist nicht schwer. — Dienst. 10.15: Konstantin. — „Wenn Frauen reifen.“

Der Bund Deutscher Gebrauchsgeschäfte wolle auf dem Bundestag in Dresden seinen bisherigen Vorstand wieder. Er ist sich zusammen mit: Paul Winter-Leech, Berlin (1. Vorsitzender), Walter Kiemer, Berlin (2. Vorsitzender) und den Beisitzern: W. M. Van, Berlin, Hanns Thaddeus Hoyer, Berlin, Gerhard Raggart, Berlin, Egon Juda, Berlin, Generalsekretär Dr. Eberhard Hölscher, Berlin.

Internationaler Kongreß der Zahalgegner. In Prag beginnt am 2. Juli der V. Internationale Kongreß der Zahalgegner, an dem eine große Anzahl von Professoren, Zahnärzten und Ärzten teilnehmen werden. Besonders stark ist die Teilnahme aus den Vereinigten Staaten.

Eleonora Dufes Tagebuch. Die vor drei Jahren im Alter von 65 Jahren in Amerika verlebende große italienische Tragödin hat ein durch etwa dreißig Jahre geführtes Tagebuch hinterlassen. Das Tagebuch soll im kommenden Winter zugleich in italienischer und deutscher Sprache veröffentlicht werden.

# Lustmord in einem Hotel.

Eine unbekannte Frau gedroffelt und erwürgt.

Ein Kapitalverbrechen ist heute morgen in einem Privathotel in der Rosenhaler Straße 65 verübt und bald entdeckt worden. In der Nacht gegen 1 Uhr kehrte dort ein Paar ein, das sich als „Erich Lehmann und Frau, geb. Niemann“ einschrieb. Es erhielt ein Zimmer im 2. Stock, der vom 1. Stock abgetrennt und abgeschlossen ist. Der Wirt pflegt seine Gäste jeden Morgen um 7 Uhr durch Klopfen zu wecken. So geschah es auch heute. Aus dem Zimmer des Paares antwortete eine weibliche Stimme erst, nachdem er zunächst nichts gehört und dann die Tür ein wenig geöffnet und hineingerufen hatte. Sie sagte jetzt „Ja, ja, wir kommen schon“. Seitdem blieb alles ruhig.

Gleich nach 8 Uhr klingelte es aus diesem Zimmer. Das Zimmermädchen nahm an, daß die Gäste ausgehen wollten und eilte hinauf, um den Bericht zwischen dem 1. und 2. Stock aufzuklären. Kaum hatte sie aufgedrückt, da stieß der angebliche „Erich Lehmann“ die Tür von innen so heftig auf, daß das Mädchen taumelte und an die Wand flog. Der Mann eilte mit dem Hut in der Hand die Treppe hinunter und zum Hause hinaus. Die Zimmertür stand jetzt auf und das Mädchen sah die angebliche Frau Lehmann regungslos im Bett liegen. Der Wirt stellte fest, daß sie tot war, entdeckte verdächtige Spuren am Hals und benachrichtigte die Polizei. Der stellvertretende Chef der Kriminalpolizei, Regierungsrat Scholz, entsandte sofort Kriminalkommissar Pippo in Vertretung des Leiters der Mordinspektion und die Mordkommission, die Kommissare Lobbes und Zapfe, mit ihren Beamten und den Erkennungsdienst. Die Aufnahme des Befundes, der photographisch festgelegt wurde, ergab folgende Bild:

Die Frau lag in ihrer vollen Kleidung tot im Bett.

Sie ist ohne Zweifel erwürgt worden. Am Hals zeigen sich Würgemare und scharfe Eindrücke von Fingernägeln. Aus Mund und Nase war etwas Blut geflossen. Die Male sind so stark, daß es aussieht als ob der Mörder nicht nur seine Hände, sondern auch eine

Schlinge gebraucht hat. Auf dem Tische lag eine braunleberne abgegriffene Bügelhandtasche, in der sich ein Portemonnaie mit etwas über 10 Mark befand. Papiere, aus denen man die Persönlichkeit hätte feststellen können, enthielt sie nicht. Sie wurden auch sonst bisher bei der Toten nicht gefunden. Die Unbekannte ist etwa 35 Jahre alt, hat einen dunklen Bubenkopf und trug ein dunkelblaues Kleid mit kleinen Fätschen und Knopfbeflag, einen schwarzen Topfhut, weiße Wäsche und schwarze Schuhe. Der stüchtige Täter steht etwa in der Mitte der zwanziger Jahre, macht den Eindruck eines bessergestellten Mannes und trägt einen grauen Anzug. Sein Hut kann nicht beschrieben werden, weil er ihn sowohl beim Kommen als beim Verlassen des Hotels in der Hand trug. Er sprach ein dialektfreies Deutsch. Die Leiche der Ermordeten wurde zunächst am Tatort vom Gerichtsarzt Prof. Dr. Strauch untersucht und dann ins Schauhaus gebracht. Die Mordkommission hat sofort Fahndungsmaßnahmen nach allen Richtungen eingeleitet.

Die Annahme, daß der Mörder nicht allein mit den Händen gemürgt habe, wurde durch das Gutachten von Professor Strauch bestätigt.

Die Frau ist gedroffelt und erwürgt worden.

und zwar mit einem mehrfach getroteten, wahrscheinlich von einem Bettläger abgerissenen Leinwandstreifen. Bevor er das Zimmer verließ, hat der Mörder dieses Werkzeug vom Halbe des Opfers wieder entfernt und es am Fußende zwischen die Beine gelegt. Hier wurde es beim Aufdecken gefunden. Es ist anzunehmen, daß der Mörder sein Opfer in der Gegend auf der Straße getroffen hat, kurz bevor er mit ihm das Hotel aufsuchte. Auf einen Raub hat er es wohl nicht abgesehen gehabt, weil er sonst wohl auch den Inhalt des Portemonnaies an sich genommen hätte. Mitteilungen zur Feststellung der Person der Toten und zur Aufspürung des Mörders sind an die Kommissare Lobbes und Zapfe im Polizeipräsidium zu richten.

# „Ein Mensch aus der Feuersteinzeit.“

Die Psychiater im Prozeß Böttcher.

Die Entscheidung über das abnorme Sexual- und Seelenleben Böttchers, das seine Verbrechen ermöglicht hat, mußte selbstverständlich bei den psychiatrischen Gutachten des Professors Strauch und des Medizinalrats Dr. Dyrensurth liegen. Vor diesen kamen aber noch Dr. Strahmann, der die Leiche der kleinen Senta obduziert hat, und der Schießfachverständige Schmüderer von der Reichsversuchsanstalt zu Worte.

Von Dr. Strahmann erfuhr man nichts Neues; das Gutachten Schmüderers kann aber unter Umständen für den Ausgang des Prozesses ausschlaggebend sein. War es nicht doch möglich, daß der Schuh von selbst losgerungen ist, als die Gräfin Lambsdorff angeblich mit beiden Händen die Hand des Angeklagten umklammert hat, in der er den Revolver hielt? Der Schießfachverständige sagt nein. Die Gräfin hätte bei ihrer Abwehrbewegung die Waffe nicht an sich gezogen, sondern sie von sich gestoßen. Der Angeklagte widerspricht diesem Gutachten. Die Gräfin habe den Revolver nicht weggestoßen, sondern heruntergedrückt. Die Verteidigung ist ihrerseits bemüht, nachzuweisen, daß die Entsicherung sich selbst bei dem leichten Streifen mit dem Finger oder bei einem Schlag entspannen läßt. Die Waffe habe deshalb beim Zufassen durch die Gräfin sich von selbst entsichern können. Dr. Dyrensurth erstattete als erster psychiatrischer Sachverständiger sein Gutachten. Er schildert ausführlich den Entwicklungsgang des Angeklagten und stellt fest, daß sein wirklicher Vater Alkoholiker gewesen sei. Bei dem Angeklagten fällt seine ungeheure Gemütsstärke auf. Die nähere Erörterung seiner Persönlichkeit hat jedoch ergeben, daß von einer Schizophrenie, d. h. einer krankhaften Spaltung der Persönlichkeit oder einer epileptischen Erkrankung keine Rede sein könne. Ebenfalls kann von etwaigen pathologischen Ausnahmezuständen gesprochen werden. Die vorzügliche Erinnerung, die er an alle Einzelheiten während seines Verbrechens an der kleinen Senta hat, schließen einen pathologischen Alkoholrauschzustand oder Dämmerzustand aus. Es handelt sich bei Böttcher nur um eine im höchsten Grade disharmonische Persönlichkeit, der jedes Verständnis für Einordnung in soziale Normen und für das Wohl und Wehe seiner Mitmenschen abgeht. Er lebt eben so, wie es ihm gut dünkt. Diese Disharmonie erklärt auch, daß er ein vorzüglicher Tierpfleger sein konnte und gleichzeitig ein Mörder geworden ist, daß er einerseits den Kavaliere spielte und andererseits die Frauen überfiel, daß Dinge bei ihm enorm betont sind, wie dies bei Menschen mit einer gleichartigen gleichmäßigen Anlage nicht der Fall ist. Er stellt eine primitive Persönlichkeit vor, etwa wie die Menschen um die Zeit des Feuersteingebrauchs waren. Von Schwachsinn kann dagegen keine Rede sein. Seine übertriebene Sexualität macht ihn zu starken Affekten geneigt. Sadistische Elemente fehlen jedoch vollkommen bei ihm. Man hat es hier mit einem Hypersexuellen zu tun, dessen freie Willensbestimmung jedoch nicht ausgeschlossen war und auf den der § 51 nicht Anwendung finden kann.

Professor Strauch betonte mehr die jegliche Seite der Persönlichkeit Böttchers. Er kann nur aus der abnormen Stellung seines Geschlechtstriebes heraus verstanden werden, einer Steigerung, die die Wissenschaft als Satyriasis bezeichnet. Diese abnorme Steigerung zeigte sich bereits während seiner Pubertätsjahre und kam in besonders hohem Maße in den späteren Jahren zum Ausdruck. Es ist ihm ganz gleich, in welcher Weise er seinen Geschlechtstrieb befriedigt. Er führt ein rein vegetatives Leben. Dazu braucht er aber Geld; so kommt er zu seinen Raubüberfällen. Aber auch diese waren bei ihm mit intensiven Lustgefühlen verbunden. Satyriasis ist ein Veriden, aber keine Geisteskrankheit. Wie weit jedoch diese abnorm gesteigerte Sexualität Hemmungen möglich mache, müßte dem Gericht überliefert werden. Zweifelsobne steht jedoch fest, daß die Lebererkrankung des Gehirns durch Hormone der Geschlechtsdrüsen, die den ganzen Blutkreislauf beherrschen, zwangsläufig zu Sexualverbrechen führen können. Man hat in diesem Falle mit Erfolg die Kastration angewandt. Es sind jedoch keine Anhaltspunkte in diesem Falle gegeben, daß die freie Willensbestimmung bei Böttcher ausgeschlossen gewesen sei. Er ist ein eigenartiger Mensch, der von der Satyriasis vollkommen beherrscht war.

Damit ist die Beweisaufnahme geschlossen. Das Wort erhält der Staatsanwalt.

# Wieder ein nächtlicher Heberfall.

Von vier unbekanntem Burschen, die es wahrscheinlich auf einen Raub abgesehen hatten, wurde heute früh gegen 5 Uhr der 42 Jahre alte Arbeiter Heinrich Steiger aus der Wiesenstraße 23 auf dem Heimwege vor dem Hause Sackstraße 65 angerempelt. Als er sich das verbat, fielen die Heberlagerer über ihn her und mißhandelten ihn schwer. Auf seine Hilferufe ergriffen sie die Flucht und entkamen, bevor die herbeieilenden Polizeibeamten zur Stelle waren. Der Heberfallene erhielt mehrere Messerstiche in das Gesicht und den rechten Arm.

Zu der Festnahme Willy Hinges erfahren wir noch folgendes: Hinge war nach seiner Freisprechung wieder in die Fürsorgeanstalt Struweschloß gebracht worden. Schon bei seiner Festnahme erklärte er, daß er bald wieder auf freien Fuß kommen werde. Das gelang ihm denn auch am vergangenen Sonntag, als in der Anstalt reger Verkehr herrschte. Bei seinen vielen Schwindeleien hatte der

Bursche früher erhebliche Beiträge erbeutet. Er erklärte damals prahlend, er habe soviel verdient, daß er später längere Zeit gut leben könne. Das scheint aber nicht der Fall zu sein, sonst hätte er nicht sich gleich wieder auf einen neuen Schwindel zu legen brauchen, bei dem er gefiern ertrapt wurde. Er steht so heruntergekommen und abgerissen aus, daß man annehmen muß, er habe keine ordentliche Unterkunft gehabt. Er selbst will über seinen Schlafwinkel nichts sagen. Wahrscheinlich hat er nur auf Hausbäden und Treppen genächtigt.

# Wie Byrd Paris verfehlte.

Die Lehren für die Zukunft.

Paris, 2. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die amerikanischen Dzeanflieger Byrd und seine Kameraden sind am Freitag auf der Präfektur von Calvados in Caen (Normandie) sichtlich empfangen worden. Sie haben die Nacht auf der Präfektur verbracht und werden am Sonnabendmorgen um 8 Uhr mit dem Schnellzug nach Paris abreisen, der genau um 12 Uhr in der Hauptstadt eintrifft. Es sind große Vorbereitungen zu ihrem Empfang getroffen worden. Das Flugzeug ist demnach beschädigt, daß die Reparatur mehrere Wochen in Anspruch nehmen wird.

Wie W.B. meldet, hat Major Byrd gestern nachmittag in Berlin-Mer die französischen Journalisten empfangen und ihnen ausführliche Mitteilungen über den letzten Teil seines Fluges gemacht. Neunzehn Stunden lang waren die Flieger von dichtem Nebel eingehüllt. Von Cap Finistère an hatten sie ganz die Richtung verloren. Sie flogen zweimal rund um Westfrankreich, wobei sie, wie Byrd annimmt, in nächste Nähe von Paris gefangen sind. Um 2 Uhr überflogen sie Caen und sind, gefolgt durch den Schein der Hochlöfen, die sie für Leuchttürme hielten, auf das offene Meer geraten.

Ueber die angstvollen Stunden, die der Landung der „America“ vorausgingen, berichtet der Begleiter Byrds, Noville, im „Welt Parisien“. Die Stunden, in denen wir nach Erreichung Frankreichs den Weg nach Paris suchten, waren die kritischsten. In diesen Augenblicken dachte keiner von uns, daß wir Le Bourget erreichen werden, sondern fürchteten alle an einen verhängnisvollen Ausgang. Ueberall herrschte dunkle Nacht. Ueberall und durchdringlicherer Nebel. Zweimal glaubten wir, in der Nähe von Paris zu sein. Das erstemal gegen 10 Uhr. Gegen Mitternacht war Byrd einen letzten Blick auf den Brennstoffbehälter und näherte sich mir, um etwas zu sagen, aber das Geräusch der Motoren machte jede Verständigung unmöglich. Er schrie dabei mit Bleistift auf ein Stück Papier: Wir gehen an Land. Wir wußten alle, was das heißen würde! Aufschmettern und in diesem Augenblick schlugen wir auf. Kein Wunder, daß bei dem Gewicht des Apparates von 4500 Kilogramm das Flugzeug unter die Wasseroberfläche gezogen wurde. Aber dank der Reservoirs kamen wir wieder hoch. Der Rumpf des Flugzeuges war jedoch zertrümmert. Wasser sprudelte überall hervor. Es blieb uns nichts anderes übrig, als über Bord zu springen. Glücklicherweise war die Küste ganz in der Nähe.

Byrd hält einen regelmäßigen transatlantischen Luftverkehr noch auf lange Zeit für ausgeschlossen. Als Hauptvoraussetzung ernähre er die Sammlung von genügendem statistischen Material über die atmosphärischen Verhältnisse, Luftströmungen, Temperaturen und Windstärke.

# 25 Jahre Arbeiter-Vaugenossenschaft Paradies.

Die im Jahre 1902 gegründete Genossenschaft feiert am morgigen Sonntag ihr Gründungsfest. Unsere alten Genossen werden sich noch lebhaft der Zeit erinnern, in der die Gründung vor sich ging. Große Hoffnungen wurden damals gehegt. War doch erklärt worden, daß es möglich sei, für 20 bis 25 Mark monatlichen Mietwert ein Einfamilienhaus zu bewohnen. Diese Hoffnung war nicht erfüllbar und der übergroße Teil der Mitglieder verließ damals wieder die Genossenschaft. Die etwa 600 Genossen, die zusammenhielten, haben bewiesen, daß vereinte Kraft Großes vollbringen kann. Und so präferiert sich denn morgen in Bohnsdorf eine Siedlung, auf die die Gesamtarbeiterchaft stolz sein kann, weil sie nur das Werk von Arbeitern ist. Es lohnt sich, morgen nach Bohnsdorf bei Grünau zu fahren, dort die festlich geschmückte Kolonie zu besichtigen und an dem Gründungsfest teilzunehmen.

# Eine Bluttat im Krankenhaus.

Singen a. S., 2. Juli. (W.B.) Im hiesigen Krankenhaus drang gestern abend der 40jährige Expeditionsarbeiter Oswald Gerster, der nach der Kreisplegeanstalt entlassen werden sollte, nachdem er sich zuvor einen Revolver verschafft hatte, in den Aufenthaltsraum der Schwestern ein, schloß ihn ab und feuerte mit dem Rufe: „Jetzt müßt ihr alle sterben!“ auf die Schwestern. Die Oberärztin Schwester Hildebrand wurde durch einen Herzschuß auf der Stelle getötet. Der auf die Hilferufe der Schwestern herbeieilende Polizeibeamte Geiger wurde durch einen Lungenschuß schwer verletzt. Während richtete der Mörder die Waffe auf sich selbst und brachte sich eine leichte Verletzung bei. Ein inzwischen eingetrossener zweiter Polizeibeamter nahm den Täter fest.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenchrift, liegt der heutigen Postausgabe bei.



